

Die Intention des Antrags zielt m.E. grundsätzlich in die richtige Richtung. Im Einzelnen:

zu

I. Der Landtag stellt fest:

1. Ausgangslage und Herausforderungen

Die Problemlage der dualen Ausbildung ist im Antrag treffend beschrieben.

Eine weitere Problematik des dualen Systems ist das hohe durchschnittliche Eintrittsalter in die Lehre, das laut BiBB in 2010 schon bei 20,0 Jahren lag. (<https://datenreport.bibb.de/html/4702.htm>) Die duale Ausbildung nach der Klasse zehn ist schon lange nicht mehr die Regel. Vielleicht muss hier ein Umdenken stattfinden: Ein Jugendlicher wählt heute in der Regel nicht mehr zwischen gymnasialer Oberstufe und Lehre, sondern zwischen Lehre und Studium, weil zuerst ein FH oder AHR-Abschluss angestrebt wird.

Allerdings wirkt sich die Krise des dualen Systems (Rückgang der Lehrstellen bei gleichzeitiger mangelnder Ausbildungswilligkeit und -fähigkeit vieler Jugendlicher) in Ballungszentren wie Oberhausen anders aus als auf dem Land. Dort führen der demographische Wandel und der verstärkte Trend zum Abitur eher zu unbesetzten Lehrstellen. In Oberhausen kommen auf jede freie Ausbildungsstätte statistisch immer noch zwei Bewerber/-innen. Das führt zu Schülerbewegungen in die neue Ausbildungsvorbereitung und in die vollzeitschulischen Bildungsgänge der Berufskollegs. In Ballungszentren leisten Berufskollegs weiterhin Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik.

Mit welcher Perspektive beschulen wir dann unter den vorgenannten Voraussetzungen Jugendliche: Wenn es zu wenig Lehrstellen gibt, bleibt als Alternative nur eine schulische Ausbildung und anschließend die Hochschulausbildung. Wenn aber trotz aller Anstrengungen nur knapp die Hälfte aller Jugendlichen eines Jahrgangs die Qualifikation für die gymnasiale Oberstufe schafft und wenn auch in den vollzeitschulischen Bildungsgängen der Berufskollegs (z.B. in der Assistentenausbildung) mehr als die Hälfte aller Schüler das Ziel der Fach-/Hochschulreife nicht erreicht, dann stellt sich die Frage: Welche Perspektive bieten wir diesen Jugendlichen an? Die Lehrstellen sind zu wenig oder zu unattraktiv und die Hochschulreife schaffen viele nicht – zumindest nicht in dem bestehenden Schulsystem mit den gegenwärtigen Ressourcen. Hier werden soziale Wechsel auf die Zukunft ausgestellt.

Die Forderung am Ende des Kapitels 1 auf Seite 3 ist uneingeschränkt zu unterstützen. Die Masse unserer Schülerinnen und Schüler weist nach Abschluss der Sekundarstufe I gravierende mathematisch-naturwissenschaftliche Mängel auf.

2. Neujustierung des Verhältnisses beruflicher und akademischer Bildung

Die Intention dieser Forderung ist aus berufsschulpraktischer Sicht richtig. Deutschland ist immer noch ein weitgehend technisch orientiertes Industrieland, in welchem die gut ausgebildete Facharbeiterschaft und die Meister- und Technikerebene das Rückgrat der deutschen Wirtschaft darstellen und das - wie im Antrag richtig dargestellt – mit guter Bezahlung. Die Attraktivität technischer Kompetenz können wir in Oberhausen in der Fachschule für Technik sehen: Jedes Jahr melden sich weit über 150 Facharbeiter zur vollzeitschulischen Weiterbildung an. Die Absolventen sind bis nach Süddeutschland und sogar im Ausland nachgefragt, bei sehr guten Verdienstmöglichkeiten. Trotzdem aber gibt es die Krise des dualen Systems. Insofern ist eine politische Stärkung der beruflichen Bildung geboten.

Allerdings nützt eine Neujustierung der „nicht auf die Oberstufe vorbereitenden Schulen“ nichts, wenn nicht das Problem des mangelnden Ausbildungsplatzangebotes angegangen wird. Hierzu sagt der Antrag nichts.

Und es wird ganz besonders schwierig, nach Jahren der Werbung für das „Abitur für alle“ die berufliche Bildung gegen den Trend zur Akademisierung zu stärken. Eltern und Schüler sehen das Abitur als Königsweg an - akademische Eltern, weil sie sich den vermeintlichen „Abstieg“ für ihre Kinder nicht vorstellen können, und die anderen wünschen sich den vermeintlichen „Aufstieg“.

Die Forderung nach „Erhöhung der Praxisorientierung“ an Schulen der Sekundarstufe I ist zu begrüßen. Allerdings ist fraglich, wie allgemeinbildende Schulen „technisch-praktische“ Fachkompetenz ohne Werkstätten und entsprechende „Handwerker“ vermitteln sollen.

zu

II. Der Landtag beschließt: Die Landesregierung wird aufgefordert

Prinzipiell ist es sinnvoll, „Neigungsdifferenzierungen“ zu stärken und das „spezielle Fach Technik“ in der Sekundarstufe I zu stärken. Allerdings bleibt unklar, welche Schulen mit „nicht speziell auf die gymnasiale Oberstufe vorbereitenden Schulen“ gemeint sind. Das zu lösen, wird nicht so einfach werden.

Ebenfalls zu begrüßen ist die Forderung nach einem „Vollabitur“ in technisch-praktischen und pflegerischen Bereichen flächendeckend an allen Berufskollegs. Sowohl Abbrecher als auch die Absolventen haben durch den frühzeitigen Kontakt mit der beruflichen Wirklichkeit direkt niederschwellige berufliche Alternativen zur akademischen Ausbildung vor Augen. In Bayern und Baden-Württemberg machen mehr als die Hälfte aller Abiturienten/Fachabiturienten ihren Abschluss an einer beruflichen Schule. Das Berufskolleg als „natürliche Oberstufe“ der Haupt- Real- und Sekundarschulen ist bereits vielfach Realität. Aber eine aktive bildungspolitische Akzeptanz des veränderten Schulwahlverhaltens nach der Klasse zehn würde die offizielle Schulpolitik und auch KAoA näher an die Realität der Schüler- und Elternwünsche und des sich erhöhenden Eintrittsalter in die Lehre rücken.

Die Forderungen nach einer Verbesserung der Maßnahmen im Zusammenhang mit KAoA bleiben zu unkonkret. Richtig ist m.E., dass die Potentialanalyse in der Klasse acht zu früh kommt. Wichtiger wäre eine Konzentration der Ressourcen auf die Verbesserung der Grundkenntnisse in Lesen, Schreiben und Rechnen und vielleicht die sicher unpopuläre Forderung nach Stärkung der sogenannten Sekundärtugenden.

Der vorgeschlagene Weg mit Jugendberufsagenturen ist sinnvoll. Zur dringend notwendigen Identifikation und Nachverfolgung von Schulkarrieren wäre eine einheitliche Schülernummer vor allem bei der Laufbahnberatung von Vorteil. Zur besseren Steuerung der Anmeldeverfahren nach der Klasse 10 an den BKs sollte ein landesweites einheitliches Anmeldeverfahren (Schüleranmeldung-Online) sicherstellen, dass nicht Mehrfachanmeldungen an den Berufskollegs möglich sind.

Für qualifizierte Lehrkräfte in MINT-Fächern wird generell zu wenig getan. MINT-Fächer sind im Studium schwerer zu studieren als andere Unterrichtsfächer – zudem sind das Image und die Bezahlung im Lehrerberuf für entsprechend (MINT-) begabte und fähige junge Menschen zu unattraktiv. Das spüren besonders die Berufskollegs. Hier ist es bereits 5 nach 12.

Zur Schulaufsicht der Sekundarstufe I können mangels Erfahrung keine Aussagen gemacht werden. Für die Berufskollegs muss man feststellen, dass zu wenig Aufsichtsbeamte umfassende Schulleitungserfahrung haben (Stellvertretung reicht m.E. nicht). Zudem ist Schulaufsicht durch veränderte Aufgabengebiete zu weit von den Schulen entfernt. Praktisch findet „Aufsicht“ nicht mehr statt. Fehlende Schulaufsicht lässt sich auch nicht durch die QA ersetzen.

Kooperationen von BKs mit Schulen der Sekundarstufe I sind bereits jetzt möglich und finden auch statt. Solange aber Berufskollegs nicht flächendeckend ein Vollabitur anbieten können, werden richtige Kooperationen durch den „Abfluss“ von Schülerinnen und Schüler mit Qualifikation für die gymnasiale Oberstufe an eben diese erschwert. Und der Wechsel an ein Gymnasium kann ja durchaus Sinn machen. In diesem Falle muss die abgebende Schule aber einen oder sogar zwei weitere Kooperationspartner (Gy, GS) suchen.

Zu überlegen wäre in einem Schulversuch, ob man nicht Schulen der Sekundarstufe I direkt und administrativ an Berufskollegs andocken könnte – Konzepte und eigene positive Erfahrungen liegen vor. Man könnte Eltern von Kindern, die nach der Grundschule keine Gymnasialempfehlung erhalten, eine praxisorientierte Schule mit zwei verschiedenen Bildungszielen (Lehre und/oder FH, AHR) anbieten.

Fazit

Nach wie vor ist die duale Ausbildung das Beste, was Deutschland im Bildungssystem zu bieten hat, aber sie ist zweifellos in der Krise.

Deswegen zielt der Antrag in die richtige Richtung. Schwierig aber wird die Umsetzung werden, weil manches noch nicht präzise genug ist, vor allem aber weil der Antrag nur einseitig auf eine erhöhte Akzeptanz der beruflichen Bildung auf Seiten der Schülerinnen und Schüler zielt. Die Krise des dualen Systems ist aber auch eine Angebotskrise. Viele Lehrstellen sind zu unattraktiv (Bezahlung, Arbeit), und es bilden zu wenige Betriebe aus. Auch hier sind die Gründe vielfältig. Ausbildung ist sehr teuer

geworden, betriebliche Ausbilder kosten viel Geld. Vielfach fehlt auch einfach die Zeit, richtig auszubilden. Viele Betriebe gehen auch alternative Wege (z.B. Leiharbeit, Subunternehmungen, etc.). Die Abschaffung des Meisterzwangs in vielen Handwerksberufen hat zu einem Sterben ganzer Ausbildungsberufe geführt (z.B. Fliesenleger). Zudem verknappt vor allen Dingen in der Industrie die dualen Studiengänge das Ausbildungsangebot für Schüler ohne (Fach)Abitur. Die Zersplitterung der 350 Ausbildungsberufe ist eine zu große Vielfalt, um effizient Bewerber für diese Berufe zu interessieren und diese dann effizient zu beschulen. Durch die komplizierte Ausbildung (Berufsschul- und ÜBL-Standorte, Prüfungsmodalitäten, flexible Berufsschulzeiten etc.) blickt auch kaum einer mehr durch.

Die betriebliche Bereitschaft zur Ausbildung könnte staatlich gefördert werden, aber nicht durch eine Ausbildungsabgabe, die sich schon im Baugewerbe als untauglich erwiesen hat. Betriebe leisten mit ihrer Ausbildung einen wichtigen Beitrag zur gesellschaftlichen und beruflichen Integration junger Schulabgänger – gerade wenn diese nicht im Betrieb bleiben. Und das sollte dem Staat etwas wert sein – zumindest für die Ausbildung nach der Klasse 10, da der Staat ja die Kosten für die Oberstufenbildung spart.

Alternativ könnte über eine Reform der bisher zu sperrigen BKAZVO nachgedacht werden – im Hinblick auf eine vollzeitschulische berufliche Erstausbildung in anerkannten dualen Ausbildungsberufen. Dass Berufskollegs das können und auch Erfolg damit haben, sieht man an der sehr stark nachgefragten Fachschule für Technik. Hier könnte man sich an den aus meiner Sicht guten niederländischen Reformen der ROCs orientieren.

Dazu und überdies müsste es natürlich auch richtige, zum Teil auch unangenehme Reformen bei den Berufskollegs geben.

Anmerkungen zum Autor der Stellungnahme

Der Autor (54) ist seit zehn Jahren Schulleiter des Hans-Sachs-Berufskollegs in Oberhausen, einer rein technischen Schule mit 2200 Schülerinnen (5%) und Schülern. Die Schülerzahlen im dualen System sind in den letzten 15 Jahren von ca. 1776 auf 1234 gesunken, allein in den letzten fünf Jahren um mehr als 300 Lehrlinge. Der Rückgang der Ausbildungsplätze (-12%) trifft die Schule hart: Von den noch 11 Ausbildungsberufen sind aktuell drei wegen Unterfrequentierung bedroht. Dagegen ist die Gesamtschülerzahl in diesem Jahr trotz KAoA und neuer APO-BK wieder leicht gestiegen (+1,9%).

Als technische Schule sind wir in Oberhausen für die Erfüllung der Berufsschulpflicht männlicher Jugendlicher zuständig, was sich in sieben Klassen der Ausbildungsvorbereitung und in sechs Klassen in sechs verschiedenen technischen Berufsfeldern der neuen einjährigen Berufsfachschule niederschlägt. Das Verhältnis von Schülern in der Ausbildungsvorbereitung zu den Lehrlingen des ersten Ausbildungsjahres beträgt 1:1. Dazu traten in diesem Schuljahr 129 Schüler/-innen mit mittlerem Schulabschluss in die vollzeitschulische Ausbildung der Assistentenbildungsgänge ein. Davon haben die meisten die Qualifikation für die gymnasiale Oberstufe nicht geschafft und hatten sich auch nicht auf eine Lehrstelle beworben. Etwa die Hälfte davon wird die Fachhochschulreife nicht schaffen können.

Die Krise der technischen Ausbildung in Deutschland zeigt sich auch in der Personalausstattung der Schule. Es fehlen der Schule seit Schuljahresbeginn acht Stellen. Davon können zum 1.2.2016 nur zwei Stellen besetzt werden - trotz Öffnung für den Seiteneinstieg. Der Rest lief mangels Bewerber/-innen leer. Von 86 Lehrerinnen und Lehrern sind mittlerweile 23 über den sogenannten Seiteneinstieg in die Schule gekommen. Wenn man die acht Werkstattlehrer mit Meisterbrief abzieht, sind das mittlerweile 30% des Kollegiums, die nie eine wissenschaftliche pädagogische Vorlesung gehört haben, geschweige denn eine pädagogische Ausbildung, wenn man mal von der rudimentären Nachqualifikation im Rahmen der OBAS-Ausbildung absieht. Zum Schuljahresende verlassen sieben weitere Kollegen/-innen die Schule.